

Warum mehr Kinder?

Friedhelm Hengsbach S.J., Frankfurt am Main

Ohne Kinder keine Zukunft, keine Innovationskraft für die Wirtschaft und keine sichere Altersversorgung - mit diesem Szenario haben einige von den katholischen Bischöfen berufene Experten versucht, die Nachwuchsförderung als hochrangige sozialpolitische Aufgabe zu begründen. Sie stimmen damit in den Chor derer ein, die in der demographischen Entwicklung - ablesbar an der gestiegenen Lebenserwartung und an der sinkenden Geburtenrate - einen Megatrend beobachten, der die deutsche Gesellschaft in den Ruin zu treiben droht.

Nun ist die demographische Entwicklung kein Überraschungsei. In den vergangenen 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung verdoppelt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lag die Geburtenrate bei 4,5 Kindern pro Frau, derzeit beträgt sie 1,4. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen zwölf erwerbsfähige Personen im Alter von 15-65 Jahren einer Person über 65 Jahre gegenüber, 1950 waren es 7, 2000 waren es 4 und 2040 werden es 2 sein. Danach stabilisieren sich die Verhältnisse.

Warum erregt der demographische Wandel erst jetzt und so dramatisch die deutsche Öffentlichkeit? Bisher konnten die steigende Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate durch hohe Wachstumsraten, einen hohen Beschäftigungsgrad und eine steigende Produktivität neutralisiert werden. Die Menge der hergestellten Güter ließ sich in 30 Jahren verdreifachen, während das gesellschaftliche Arbeitsvolumen um 20% sank. Vor 150 Jahren mussten acht Bauern einen Nicht-Bauern ernähren, heute kann ein Bauer 88 Nichtbauern ernähren. Die Arbeiter von VW in Wolfsburg stellen den Golf in 32 Stunden her, den Polo in 16 Stunden, den Lupo in 8 Stunden. Die Leistungskraft einer Wirtschaft und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hängen folglich nicht von der biologischen Zusammensetzung der Bevölkerung ab sondern davon, dass die Zahl der Erwerbstätigen erhöht, zusätzliche Märkte erschlossen und weitere Produktivitätsreserven ausgeschöpft werden. Mehr Kinder allein macht weder ökonomisch noch gesellschaftlich einen Sinn, solange 14jährige nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden und fachlich kompetente Hochschulabsolventen 100 Bewerbungen schreiben und ebenso viele Absagen erhalten, also für die Arbeitslosigkeit qualifiziert werden. Und solange nur noch 40% der Unternehmen Mitarbeiter beschäftigen, die älter als 50 Jahre sind, ist das Pathos einer „bevölkerungsbewussten“ Familienpolitik gegenwartsblind.

Die Demographie-Debatte führt erst recht auf eine Nebenarena, wenn man sie normativ mit der Kampfformel der „Generationengerechtigkeit“ auflädt. Der Begriff der Generation ist extrem diffus. Die Geschlechterfolge: Urahn, Großmutter, Mutter und

Kind kann nicht gemeint sein. Die durch eine gemeinsame Erlebniswelt rekonstruierten Generationen der „Flakhelfer“, „Trümmerfrauen“, „68er“ oder „Golf“ sind für die solidarischen Sicherungssysteme bedeutungslos. Mit der Unterscheidung einer jungen, mittleren und alten Generation wird der untaugliche Versuch unternommen, den angeblichen Konflikt zwischen „Jungen“ und „Alten“ in der Erwerbsarbeitsgesellschaft zu verorten. Extrem unbrauchbar für finanzpolitische Empfehlungen ist ein Begriff der Generation, der auf einen Altersjahrgang verengt wird.

Der begriffliche Dschungel spiegelt offensichtlich die Tatsache, dass in einer Erwerbsgesellschaft die Frage des Alters nachrangig ist gegenüber der Existenz zweier (dreier) gesellschaftlicher Gruppen, von denen eine ein Volkseinkommen erwirtschaftet, das sowohl dem eigenen Lebensunterhalt als auch dem der noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen gesellschaftlichen Gruppe(n) dient. Damit wird die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen in die der Gerechtigkeit zwischen Armen und Reichen, Erwerbslosen und Erwerbstätigen, Frauen und Männern innerhalb derselben Generation überführt.

Frankfurter Neue Presse, 15.6.04, 4.